

1. Wie stehen Sie zu partizipativer – nicht zu verwechseln mit direkter - Demokratie innerhalb unserer Gemeinde (frühzeitige Einbindung der betroffenen Bevölkerung in alle kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozesse)?
2. Sind Sie bereit, einen Beitritt unserer Gemeinde zur Charta von Aalborg zu unterstützen, und wenn ja, wie?
3. Sind Sie bereit, im Fall eines solchen Beitritts gemeinsam mit den daran interessierten Bürgerinnen und Bürgern die notwendigen Voraussetzungen für eine wirksame Bürgerbeteiligung zu erarbeiten?
4. Gehen Sie mit den vom Ministerrat beschlossenen Standards für Öffentlichkeitsbeteiligung ([http://www.partizipation.at/standards\\_oeb.html](http://www.partizipation.at/standards_oeb.html)) konform? Wenn nein, welche differierenden Ansichten haben Sie?
5. Sind Sie schon einmal initiativ geworden, um partizipative Demokratie in unserer Gemeindepolitik zu fördern?
6. Falls Sie der partizipativen Demokratie skeptisch oder ablehnend gegenüber stehen, aus welchen Gründen?

## **ÖVP, 08.02.10 GGR Wolfgang Seidl**

Die Informationspolitik in unserer Gemeinde erscheint mir derzeit bei vielen Agenda's unzureichend und bedeutet für mich, dass auch die Einbindung der Bevölkerung im Vorfeld von Entscheidungen viel früher erfolgen sollte, um so einen möglichst breiten und nachvollziehbaren Konsens bei wichtigen Entscheidungen zu finden. Der derzeitige Informationsgehalt der Gemeindeverantwortlichen ist eher oberflächlich und dient aus meiner Erfahrung in 20 Jahren Gemeindepolitik nur zur Beruhigung von Betroffenen.

Als Ressortverantwortlicher für Raumordnung habe ich von 1995 bis 1997 das örtliche Entwicklungskonzept in vielen Diskussionen mit Betroffenen und schließlich unter Beteiligung von mehr als 250 MitbürgerInnen in einer öffentlichen Veranstaltung mit allen Gemeinderatsfraktionen diskutiert und erarbeitet und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt. Das jetzt überholte Konzept ist heute noch gültig. Der Gemeinderatsbeschluss aus dem Jahr 2006 über die Erstellung eines neuen Entwicklungskonzeptes wurde vom zuständigen Ressortleiter VzBm. Semler bis heute nicht umgesetzt. Aus meiner Sicht will man die Konfrontation mit der Bevölkerung vor Wahlen vermeiden.

Ebenso wurde die heftige Diskussion über eine geplante allgemeine Straßenverbreiterung in der Badesiedlung mit den betroffenen Bewohnern mehrmals im Zuge von Veranstaltungen diskutiert. Entgegen der Meinung seitens der SPÖ ist es mir gelungen, dem Wunsch der Bewohner entgegenzukommen und eine oft sinnlose Straßenverbreiterung wurde letztlich nicht umgesetzt.

Auch die Rettung der Hagenbachklamm vor der Zerstörung durch ein Kanalprojekt konnte in Allianz von ÖVP-Grüne-Verschönerungsverein mit rund 6000 Unterschriften verhindert werden. Meine öffentliche und mediale Unterstützung gemeinsam mit dem betroffenen Umfeld gegen eine seitens der SPÖ angestrebte Verbauung der Liegenschaften entlang des Hagenbaches haben sich als richtig erwiesen und wurden auf Grund von zahlreichen Protesten fallen gelassen. Die planende Firma ist übrigens wenige Monate nach der Infoveranstaltung im Gemeindeamt in Konkurs gegangen.

Wie ersichtlich, und es gibt noch weitere Beispiele, bekennt sich die ÖVP STAW für wirksame Bürgerbeteiligung, auch wenn sie für uns Gemeindepolitiker oft unbequem und anstrengend ist. Leider sind uns derzeit bei einer absoluten SPÖ-Mehrheit die Möglichkeiten genommen, noch näher mit aktuellen Themen an den Bürger zu kommen, da auch wir eher verhalten und meistens hinterher seitens des BGM Stachelberger informiert werden. Wir hegen aber die Hoffnung, dass es nach dem 14. März eine Änderung zu Gunsten partizipativer Demokratie innerhalb der Gemeinde geben wird.

Wir jedenfalls freuen uns auf eine gemeinsame Arbeit in der Gemeindepolitik im Sinne der Agenda 21.

MfG

GGR Wolfgang Seidl

ÖVP Fraktionsvorsitzender